

Lothar Zechlin

Modernisierung der Universität zwischen Tradition und Innovation

**Inaugurationsrede an der Karl-Franzens-Universität Graz
3.2.2000**

I. Tradition und Innovation

„Tradition und Innovation“ lautet das Motto der heutigen Feierstunde und damit ist auch das Spannungsverhältnis getroffen, in dem sich die Universität Graz heute befindet. Auf der einen Seite steht die Geschichte der zweitgrößten Universität Österreichs, symbolisiert durch das alt-ehrwürdige Ambiente, die Talare, den Einzug der akademischen Würdenträger und durch Rituale wie die Inauguration des Rektors. Auf der anderen Seite stehen die Anforderungen der modernen – oder besser gesagt postmodernen – Welt, welche gekennzeichnet sind durch wachsende Flexibilität und Mobilität, durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Internationalisierung, durch die rasante Weiterentwicklung von Wissen und Technik und durch ein hohes Maß an Individualisierung und persönlicher Freiheit. Das gilt für Individuen genauso wie für Institutionen wie die Universitäten. Auch für sie ist die Welt differenzierter, komplizierter, ambivalenter geworden. Auch für sie gilt, dass mehr denn je ihre Urteils-kraft, ihr Mut sowie ihre Entscheidungs- und Selbstverantwortungsfähigkeit gefordert sind, um am Ende einen ganz eigenen Weg, ein Profil und damit auch eine Identität in der europäischen und internationalen Hochschullandschaft zu finden. Und dieser Weg ist weniger denn je vorgezeichnet, er muss gesucht, erprobt und mit der gebotenen Offenheit für immer neue Veränderungen beschrritten werden. Wer diesem Verhältnis zwischen Bewahren und Erneuern in den Universitäten auf die Spur kommen will, muss die Veränderungen in den Universitäten als Teil genereller Umbrüche in der Gesellschaft verstehen. Wer sich in diesen Veränderungsstrudel nicht verlieren, sondern seine Identität behaupten will, wer sich nicht damit zufrieden geben will, durch bloße Anpassung lediglich das schlichte Überleben gerettet zu haben, der muss die Veränderung selbst aktiv und offensiv gestalten. Manche mögen das als Zwang zur Innovation diskreditieren, in Wirklichkeit stehen wir aber vor einem Paradoxon: Wir können unsere eigene Identität nur bewahren, indem wir uns selbst verändern. Denn: Stillstand würde in einer solchen Situation Rückschritt bedeuten, noch nicht einmal die Sicherung des status quo. Wo liegt deshalb für die Universitäten in diesem Spannungsfeld der bewahrenswerte Kern ihrer Identität und welche Veränderungen müssen sie betreiben, um ihn zu erhalten?

II. Modernisierung

Betrachten wir zunächst einmal die gesellschaftlichen Umbrüche und ihre Auswirkungen auf die Politik etwas näher: Das Politikverständnis der Neuzeit ist eng mit dem Emporkommen des Nationalstaates verknüpft. Auf seinem Territorium bildete sich ein labiles Gleichgewicht von staatlich-politischer Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung einerseits und wirtschaftlicher, über Marktprozesse erfolgende Steuerung andererseits heraus. Dieses Gleichgewicht gerät nun durch die Globalisierung der Wirtschaft in Unordnung. Eine auf der Ebene des Weltmarktes operierende Wirtschaft entzieht sich den Regulierungsmöglichkeiten nationalstaatlicher Politik. Die Politik wird im Gegenteil sogar „erpressbar“. Entsprechen die nationalstaatlichen Rahmenseetzungen nicht den Interessen der Akteure in der Wirtschaft, sind z.B. die Steuersätze oder die Arbeitskosten zu hoch, reagieren diese mit Investitionsverlagerungen ins Ausland. Das hat zur Folge, dass die demokratische Steuerung, mit der wir unsere selbst gesetzten Ziele verfolgen, an Einfluss verliert. Genau auf die Wahrnehmung dieser Steuerung richten sich aber die Erwartungen der Bevölkerung. Es kommt so zu einer ständigen Überforderung der Politik, deren Glaubwürdigkeit und Legitimationskraft untergraben wird. Diese anhaltende Enttäuschung des Vertrauens der Bevölkerung in die Gestaltungskraft der Politik erklärt die aktuelle Schwäche der demokratischen Idee. Politische Parteien wirken nur noch als Instrumente zur Erringung der Macht, nicht mehr als Akteure oder demokratische Diskussionsforen für die Gestaltung der Wirklichkeit, ihre Wahlkämpfe inszenieren sie als reine Medienereignisse, denen jegliches aufklärerisches Element abgeht.

Die Politik reagiert auf diese Herausforderung mit „Modernisierung“. Es handelt sich dabei allerdings um einen höchst ambivalenten Ansatz: In seiner neoliberalen Spielrichtung verfährt er nach dem „Tina-Prinzip“, einer von Pierre Bourdieu vorgeschlagenen Abkürzung für „there is no alternative“. Seine Vertreter handeln nach dem Motto „*Wir können nichts tun, um das Ding aufzuhalten – und wenn Du sie nicht schlagen kannst, verbünde dich mit ihnen*“ (Zygmunt Bauman). In Wirklichkeit handelt es sich dabei nicht um eine Stärkung, sondern um die Abdankung der Politik und ihre Ersetzung durch den Markt, wobei es den Neoliberalen allerdings immer wieder gelingt, das mit einem hohen Aufwand an postmodernistischem Jargon als Stärkung des Gemeinwesens zu verkaufen. Die Folgen sehen wir tagtäglich in einem generellen Downsizing sozialstaatlicher und kultureller Standards.

„Modernisierung“ kann aber auch zu einer wirklichen Stärkung der Politik beitragen, wenn sie nämlich zu neuen Steuerungsmethoden und -instrumenten führt. Die Politik folgt dann der Wirtschaft gewissermaßen „nach oben“ auf die Weltmärkte und versucht in internationalen Abkommen oder durch die Herausbildung internationaler staatsähnlicher Zusammenschlüsse ihre Steuerungskraft zu bewahren. Wichtiger für unsere Fragestellung ist, dass sie zugleich „nach unten“ geht. Wenn der Nationalstaat als zentralistisches Machtzentrum überfordert ist, kann er durch die Verlagerung autonomer Entscheidungskompetenzen auf dezentrale Einrichtungen dafür sorgen, dass eben nicht nur den Märkten, sondern auch den Regionen, den Nichtregierungsorganisationen, den Bürgerinitiativen und auch Organisationen wie den Universitäten mehr eigene politische Gestaltungskraft zukommt. Dem Machtverlust des Zentralstaates entspricht nicht unabwendbar wie in einer kommunizierenden Röhre ein Machtgewinn der privaten Marktkräfte, sondern es besteht die Chance für eine Stärkung der Zivilgesellschaft. Das setzt allerdings sowohl auf Seiten des Staates neue Steuerungsmodelle als auch in der Zivilgesellschaft tiefgreifende Veränderungen in der Persönlichkeit der Individuen oder Organisationen, also auch der Universitäten voraus. Der französische Soziologe Alain Touraine fragt in seinem „Loblied auf die Zivilgesellschaft“: „*Wie aber kann es in dieser Situation gelingen, die Einheit der Vernunft und die Integration der Welt mit der Verschiedenartigkeit der Kulturen zu versöhnen? Auf ein transzendentes Prinzip können wir jedenfalls nicht mehr zurückgreifen. Nur dem Einzelnen kann eine solche Neugestaltung gelingen. Er muss der Zersplitterung seiner Persönlichkeit ebenso widerstehen wie den Fragmentierungen der Gesellschaft; er muss seinem Leben einen Sinn geben, eine life narrative, um sich so einen Lebensentwurf zu schaffen, in dem er sich als Subjekt seiner eigenen Erfahrungen erkennt.*“

Auch die Universitäten müssen sich deshalb von der eingeübten Konsumentenhaltung gegenüber „den Politikern“ und „dem Staat“ verabschieden und selbst handeln. Auch sie müssen ihre Geschicke selbst bestimmen. Tradition als etwas Bewahrenswertes darf nicht als etwas statisch Feststehendes begriffen werden, sondern muss als stets neu zu entwickelnde Kraft der Universitäten definiert werden, mit der sie die Gesellschaft durch Bildung und Wissenschaft, durch Lehre und Forschung, gestalten. Auf dem Zukunftskongress „aktion.vision“, der vor kurzem hier in Graz stattfand, hat der Grazer Soziologe Prisching deshalb darauf hingewiesen, dass es nicht nur eine Bringschuld der Politik gibt, sondern auch eine korrespondierende „Denkschuld“ der Zivilgesellschaft. Was bedeuten diese „Bringschulden“ und „Denkschuld“ für die Universitäten und die Universitätspolitik?

III. Denkschulden I: Beiträge der Universität zur gesellschaftlichen Krisenbewältigung

Beginnen wir zunächst mit den Universitäten selbst und ihrer „Denkschuld“ gegenüber der Gesellschaft. Die Herausforderungen, vor die unsere Gesellschaften durch die Globalisierung gestellt sind, hat der deutsch-britische Soziologie Ralf Dahrendorf kürzlich präzise auf den Begriff gebracht (1996): „*Es geht darum, drei Dinge untereinander zu verbinden, die sich nicht bruchlos miteinander verbinden lassen, nämlich erstens Wettbewerbsfähigkeit in den rauen Winden der Weltwirtschaft zu erhalten und zu verstärken, zweitens dabei nicht soziale Solidarität und sozialen Zusammenhalt zu opfern, drittens schließlich, das alles zu tun unter den Bedingungen und durch die Institutionen freier Gesellschaften*“. Die Universitäten können entscheidende Beiträge zur Bewältigung dieser Herausforderungen leisten.

1. Die Zukunftsfragen unserer Gesellschaften (Arbeit, Umwelt, Verhältnis der Generationen, internationale Zusammenarbeit) stellen uns vor immer komplexere Probleme. Wir benötigen ständig mehr und neues Expertenwissen zur Problembewältigung. Intelligente und innovative Lösungen

sind gefragt, nicht Massenproduktion. Gerade ein rohstoffarmes Land wie Österreich kann auf den Weltmärkten nur mit intelligenten Produkten und Dienstleistungen wettbewerbsfähig bleiben, die von intelligenten Arbeitskräften entwickelt werden müssen. Welche Qualifikationen sind hierfür erforderlich? Natürlich müssen die Universitäten weiterhin hohe *fachliche Kenntnisse* vermitteln. Sie müssen jedoch bei der Ausbildung ihrer Studierenden mehr auf die sogenannten *Schlüsselqualifikationen* achten. Da „das einmal Gelernte“, „das positiv Gewusste“ rasch veraltet, müssen Studierende heutzutage in der Lage sein, lebenslang zu lernen, sich selbständig Wissen anzueignen, selbständig Problemlösungen zu entwickeln und über soziale Kompetenzen verfügen. Und schließlich müssen wir uns trotz allen „Expertenwissens“ von den Allmachtsphantasien der „Wissensgesellschaft“ und ihren Modellen der linearen Problemlösung befreien. Da „die Moderne“ durch Unsicherheit und Risiko gekennzeichnet ist, geht es bei den „Expertenfragen“ in der Regel nicht um „richtig“ oder „falsch“, sondern um Risikovergleiche und Folgenabwägungen unter den Bedingungen von Ungewissheit. *Reflexives Wissen*, Nachdenklichkeit ist gefragt, auch und gerade um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu erhalten.

2. Auch für die soziale Integration der Gesellschaft spielen Universitäten eine erstrangige Rolle, denn die gesellschaftliche Statusverteilung erfolgt heutzutage nicht mehr über Geburt, soziale Herkunft oder politische Zuordnung, sondern über Bildung. Bildung sichert gesellschaftliche Durchlässigkeit und Chancengleichheit und trägt damit wesentlich zur sozialen Kohäsion der Gesellschaft bei. „Reflexionswissen“ wirkt zudem als ruhender Pol gegenüber den wechselnden Anforderungen, denen die Studierenden später in Beruf und Gesellschaft ausgesetzt sind. Der „flexible Mensch“, von dem der amerikanische Soziologe Richard Senett in seinem gleichnamigen Buch sagt, dass er „immer wieder von vorne anfängt“, aber „nirgends hinkommt“, verliert die Treue zu sich selbst und damit auch die Treue zu anderen und die Fähigkeit zu Verantwortung und Vertrauen. Der englische Titel des Buches lautet deshalb auch präziser „The Corrosion of Character“. Bildung, verstanden als Aufklärung über gesellschaftliche Zusammenhänge und damit auch über die eigene Stellung in der Gesellschaft, trägt zur sozialen Integration bei. Dies gilt um so mehr, als wir heute von dem Ende der Arbeitsgesellschaft sprechen, die gesellschaftliche Integration über Arbeit alleine also nicht mehr erreichbar sein wird. Insofern, allerdings auch nur insofern, ist entgegen einer populär gewordenen Redeweise Humboldt auch heute noch nicht tot.
3. Und was hat Bildung mit den „Bedingungen und den Institutionen freier Gesellschaften“ zu tun? Eine ganze Menge! Auf die „Experten“ können wir uns nicht verlassen, da sie die Öffentlichkeit stets mit gegensätzlichen und widersprüchlichen Gutachten überraschen. Ihnen die Entscheidung über die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft zu überlassen, würde nicht nur die Politik aushöhlen und zu einer technokratischen Expertenherrschaft führen, sondern – schlimmer noch! – zu trügerischen Scheinsicherheiten und falschen Lösungen führen. Die Verbreitung von Wissen in weite Kreise der Bevölkerung hinein ist deshalb erforderlich, wenn demokratische Auseinandersetzungen und Abstimmungen über die Zukunftsfragen nicht zu reinen Medien und Akklamationsveranstaltungen verkommen sollen. Die einzelnen Bürgerinnen und Bürger müssen sich selbst eine Meinung zu den „Expertenfragen“ bilden, da sie auch selber die Folgen ausbaden müssen. Demokratie beruht auf Bewusstsein. In diesem Zusammenhang wird die „Popularisierung“ wissenschaftlicher Erkenntnisse, ihre Übersetzung in den Verständnishorizont der NormalbürgerInnen, zu einer erstrangigen Aufgabe der Universitäten. Die Wissensgesellschaft muss an der Basis der Gesellschaft verwirklicht werden, wenn die Demokratie mit Leben erfüllt werden soll.

Wissenschaft wird somit nicht nur zur Basis von Wohlstand und Wachstum, sondern auch zur Bedingung von Demokratie und sozialem Zusammenhalt. Ihr Ausbau liegt im öffentlichen, nicht lediglich im privaten Interesse. Ihre Finanzierung ist eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, ganz gleich, in welcher Parteienkonstellation die jeweiligen nationalen Regierungen auftreten.

IV. Denkschulden II: Die Universität als Organisation

Wenn die Universitäten dieser Vielfalt von Anforderungen gerecht werden wollen, dann werden sie hierdurch nicht nur in ihrer Lehre und Forschung, sondern auch als Organisation vor neue Herausfor-

derungen gestellt. Die Lernziele „Flexibilität“ und „Treue zu sich selbst“ gelten auch für die Gestaltung der Organisationsprozesse selbst. Wollen die Hochschulen unter den Bedingungen ständiger Veränderungen selbstbestimmt agieren, müssen sie sich selbst von einer Organisation und Verwaltung des Lernens zu einer lernenden Organisation weiter entwickeln. Das ist eine kommunizierende Organisation, die ständig im Austausch mit ihrem Umfeld steht und die Fähigkeit ausgebildet hat, dabei eigene Ziele auszubilden und zu verfolgen. Ihr Umfeld besteht aus der Wirtschafts- und Arbeitswelt, den Medien, der Politik, der scientific community, den ausländischen Hochschulen, eben der Zivilgesellschaft, aber auch den eigenen Studierenden, mit denen Ziele gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden. Einer der Schlüsselbegriffe dabei ist „Evaluation“. Evaluation ist nicht die „Kontrolle“, die beobachtet, ob alles so wie geplant abläuft. Universitätsentwicklung ist kein Fünfjahresplan, der um jeden Preis „durchgezogen“ wird, sondern die einmal getroffenen Entscheidungen müssen „im Gehen“ ständig reflektiert, evaluiert und quer durch die ganze Universität kommuniziert werden.

Die Karl-Franzens-Universität wird deshalb in den kommenden vier Jahren einen solchen systematischen Such- und Lernprozess in ihren hauptsächlichen Aufgabenbereichen, nämlich der Lehre, der Forschung, der internationalen Hochschulbeziehungen, der Weiterbildung und der Frauenförderung in Gang setzen und die Normen und Prinzipien, von denen sie sich dabei leiten lässt, in einem Leitbild festlegen. Das Rektorat wird die dafür erforderlichen Inputs transparent in den Senat hineintragen, der dadurch in die Lage versetzt wird, Entscheidungen über die strategisch wichtigen Weichenstellungen vorzunehmen. Die so entstehenden Konzepte sollen von Anfang an unter Beteiligung der Fakultäten und entwickelt nach den Entscheidungen im Senat in Form konkreter Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Fakultäten umgesetzt werden.

V. Bringschulden der Politik

Worin bestehen nun die Bringschulden, die die Politik erbringen muss, damit die Universität Gestalterin ihrer eigenen Modernisierung werden kann?

Zunächst einmal müssen die Ministerien und die Parlamente die „Verlagerung der Politik nach unten“ auch politisch gestalten. Sie dürfen sich deshalb nicht mit der sog. „erweiterten Autonomie“ oder „Vollrechtsfähigkeit“ von den Universitäten verabschieden, indem sie sie auslagern oder privatisieren und nach dem TINA-Prinzip dem Markt überlassen. Die Idee, die jüngst in der österreichischen Politik hochgekommen ist, nämlich die Einführung von Studiengebühren den Universitäten selbst zu überlassen, wäre etwa ein Beispiel dafür, dass sich die Politik um Entscheidungen herumdrückt. Denn es wäre klar, was die Marktkräfte in einer solchen Situation erzwingen würden. Die Politik soll ja gerade in ihrer politischen Gestaltungskraft gestärkt werden. Dazu müssen insbesondere die Ministerien ihre Steuerungsinstrumentarien und ihre Qualifikationen verändern und auch in ihre Größe deutlich „abspecken“. Sie müssen sich endgültig von der josephinischen Detailregelung, ihrem bürokratischen Perfektionsanspruch und den dahinterstehenden Allmachtsphantasien verabschieden. Die bisherige politische *Steuerung* erfolgte ex ante. Sie konzentrierte sich ganz auf die sog. „Inputs“, also kameralistische Haushalte, detaillierte Verwaltungsanweisungen, eine Fülle ministerieller Genehmigungsvorbehalte und die staatliche Personalhoheit. Für die Leistungen der Hochschulen, gewissermaßen ihren „output“, interessierten sich demgegenüber immer nur Insider. An die Stelle dieses Systems muss eine ex post erfolgende „wirkungsorientierte“ Steuerung treten, die auf die erzielten Ergebnisse abstellt und zu einem System leistungsorientierter Hochschulfinanzierung mit Globalhaushalten führt. Dann liegt die Aufgabe der Politik in dem Aushandeln von strategischen Zielsetzungen, dem Aufbau eines Controlling-Instrumentariums und der Evaluation. Das Konkretisieren der Ziele und insbesondere die Art und Weise der Umsetzung muss den Universitäten selbst überlassen bleiben. Das heißt natürlich auch, dass die Politik zunächst einmal einen erheblichen *Qualifikationsschub* durchlaufen muss. Die Entwicklung und Formulierung zukunftsfähiger hochschulpolitischer Zielsetzungen setzt methodische und gesellschaftspolitische Qualifikationen voraus, die erst einmal erlernt sein wollen. Sie sind aber für die Wiedergewinnung politischer Gestaltungskraft weitaus wichtiger als die letztlich wirkungslose Detailfreudigkeit. Schließlich bedeutet das auf mittlere Sicht eine deutliche *Verkleinerung der Ministerialverwaltung*. Schlanke Steuerungszentren, die über Know-how für Steuerungsmethoden und gesellschaftliche Zukunftsentwürfe verfügen, könnten vermutlich mit der Hälfte oder einem Drittel des

gegenwärtigen Personals auskommen. Ein solcher Schritt wäre mutig, zukunftsweisend und würde der Politik die Kraft zurückgeben, mit der sie trotz der „Zerstreuung der Macht nach oben und unten“ wieder Gestaltungskraft und Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit gewönne.

1. Diese Rollenteilung zwischen Zielbildung und Controlling einerseits und Konkretisierung und Umsetzung der Ziele andererseits gilt natürlich auch für die Universität selbst. Autonomie der Universität kann nicht bedeuten, dass der Machtzuwachs beim Rektor monopolisiert bleibt. Das wäre nur die Ersetzung der bisherigen staatlich-parlamentarischen Wasserköpfe durch ihren universitären Zwilling. Auch hier geht es also um die Entwicklung neuer Steuerungsinstrumente und der dafür erforderlichen Qualifikationen. Eine solche Entwicklungsstrategie ist ein aktiver kontinuierlicher Prozess, der die gesamte Organisation umfasst und zu einem Lernen auf allen Ebenen der Organisation führt. Dabei wird mehr wissenschaftlicher Service in der Verwaltung der Universitäten erforderlich, so dass die Bedeutung der Allgemeinbediensteten zunehmen wird. Wenn alle Universitätsangehörigen ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass sie gemeinsam mit Know-how und Engagement kooperieren müssen, um wissenschaftliche Dienstleistungen für die Gesellschaft zu erbringen, wird die Hierarchisierung zwischen wissenschaftlichem Personal und Allgemeinbediensteten hinfällig. Wichtig ist, dass gute Ideen entwickelt und umgesetzt werden, unwichtig ist es, aus welcher Kurie heraus sie entstanden sind.

Wie man sieht, ergänzen sich die Denk- und die Bringschulden glänzend: Der Raum, den die Politik „nach unten“ abgibt, ist für die zivilgesellschaftliche Zukunftsgestaltung nicht verloren. Er kann in enger Zusammenarbeit zwischen autonomer Universität und schlanker Steuerung auf Seiten des Staates wirksamer ausgefüllt werden als unter den bisherigen zentralistischen Bedingungen. Zugleich kann die Politik dabei mehr strategische Gestaltungskraft gewinnen als mit dem bisherigen System, in dem sie ständig überfordert war und der Vertrauensverlust der Bevölkerung beständig zunahm. Damit diese Chance von beiden, der Universität wie auch der Politik, genutzt werden kann, sind sie aufeinander angewiesen. Es klappt nämlich nur, wenn beide ein modernes leistungsorientiertes Steuerungsinstrumentarium mit Globalbudgets (sowohl zwischen Staat und Universitäten als auch zwischen Universitätsleitung und Fakultäten) entwickeln und neue methodische Qualifikationen erwerben. All dies muss vor der Einführung der sog. Vollrechtsfähigkeit erarbeitet sein. Es ist nämlich die Voraussetzung dafür, dass unter diesem Begriff nicht einfach das „Abstoßen“ der Universitäten eingeleitet wird, und deshalb auch weit wichtiger als die bloße Veränderung der Rechtsform. Ich biete dem Wissenschaftsministerium deshalb an, gemeinsam mit der Karl-Franzens-Universität einen Modellversuch zum Aufbau eines solchen Instrumentariums zu starten. Als Volluniversität mit sechs Fakultäten wäre die Universität Graz ein passender Partner für ein derartiges Pilotprojekt. Beide Seiten können davon profitieren!

VI. Schluss

Ich möchte am Schluss meiner Rede noch einmal betonen, dass wir die Chance haben, unseren Weg in die Zukunft aktiv und gestaltend zu finden, statt die notwendigen Veränderungsprozesse nur zu erdulden. Universitäten, die über die Geschichte hinweg diese Kraft gefunden haben, haben sich immer behaupten können und die Gesellschaft bereichert. Darin liegt ihre bewahrenswerte Tradition. Wir alle, die wir hier an der Karl-Franzens-Universität Graz arbeiten, forschen, lehren und studieren, sollten deshalb gemeinsam das Abenteuer "Modernisierung" unternehmen und uns auf unbekanntes Gelände begeben. Wir werden dabei überraschende Erfahrungen machen, neue Erkenntnisse gewinnen und gewiss auch Krisen durchlaufen. Innovation ist eben nur teilweise ein planbarer Prozess. Er bezieht seine Kraft aus seiner eigenen Lebendigkeit, dem Diskurs, dem Streit, seinen Erfolgen aber auch seinen Fehlern. Vor allem entspringt Innovation der Kreativität und somit eher dem Chaos als der Ordnung. Also, keine Angst vor dem Chaos - sofern es nicht zum Dauerzustand wird. Aber was zum Dauerzustand an der Universität Graz gehören sollte, ist sicherlich ein experimentierfreudiges Klima und eine Offenheit für Andersartigkeit und Interkulturalität. Deshalb haben die österreichischen Universitäten auch am vergangenen Montag angesichts „opportunistisch geführter Diskussionen“ darauf hingewiesen, dass sie für „Offenheit, Internationalität, Toleranz und rationale Diskussion gesellschaftlichen Konflikts“ stehen. In diesem Sinne möchte ich schließen mit einem Zitat des britischen Soziologen Zygmunt Bauman: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit war der Schlachtruf der Moderne. Frei-

heit, Verschiedenheit, Toleranz ist die Waffenstillstandsformel der Postmoderne. Und wenn Toleranz in Solidarität umgewandelt wird, kann sich Waffenstillstand sogar in Frieden verwandeln.“